

## Anfragen zum Plenum in der 16. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schulungen oder Maßnahmen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der staatlichen Verwaltung aktuell für den Schutz gegen Spyware und andere Schadsoftware angeboten werden, bietet sie einen Service für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an, ihre Endgeräte (Mobiltelefon, Computer, etc.) auf Schadsoftware zu prüfen, und wie regelmäßig werden Endgeräte der Kabinettsmitglieder auf Spyware und Schadsoftware geprüft?

**Jörg Baumann**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitglieder hat die türkische nationalistische und islamistische Organisation „Graue Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) nach Kenntnis der Staatsregierung in Bayern, welche Hochburgen und Treffpunkte haben die „Grauen Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) in Bayern und mit welchen Parteien und Vereinen bestehen bei den „Grauen Wölfen“ (türkisch: Bozkurtlar) Kontakte und Zusammenarbeit?

**Nicole Bäuml**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sind in den vergangenen fünf Jahren Fördermittel direkt von Staatsministerien, indirekt von bspw. Anstalten des öffentlichen Rechts wie der BayernLB oder durch Instrumente wie Staatsbürgschaften an das Rohrwerk Maxhütte gezahlt worden?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wurde die Staatsregierung in die Initiative der Bundesregierung – insbesondere in die Initiative des Umweltbundesamtes – eingebunden / informiert etc., Perfluorooctansäure – PFOA bereits im Jahr 2013 als „besonders besorgniserregende Chemikalie“ zu identifizieren und der REACH Kandidatenliste der EU hinzuzufügen,<sup>1</sup> wie wurde die Staatsregierung in die Initiative der Bundesregierung, zusammen mit Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden eingebunden / informiert etc., um gemeinsam ein Dossier zu erarbeiten, mit dessen Einreichung am 13.01.2023 bei der Europäischen Chemikalienagentur das Ziel verfolgt wurde, alle per- und polyfluorierte Chemikalien – PFAS als Gruppe pauschal zu beschrän-

<sup>1</sup> vgl. z. B.: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/euverbietet-pfoa>

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich, noch formal geprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

ken / verbieten<sup>2</sup> und mit welchem zentralen Argument / Wortlaut hat die Staatsregierung diese Initiativen unterstützt bzw. abgelehnt?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen in Bayern nach ihrer Kenntnis aus der rechtsextremistischen Szene, aus der sogenannten Reichsbürger- und Selbstverwalterbewegung und dem Phänomenbereich „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ jeweils zum 01.01.2023 und zum 01.01.2024 über eine waffenrechtliche Erlaubnis und / oder über Waffen verfügten und bei wie vielen der Personen jeweils Maßnahmen bzw. Verfahren zur Prüfung und zum Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse eingeleitet bzw. beendet wurden.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ladepunkte und Schnellladepunkte für E-Autos gibt es derzeit in Bayern insgesamt (bitte getrennt angeben), in welchen Kommunen in Bayern gibt es überhaupt keine Ladepunkte bzw. Schnellladepunkte (bitte getrennt angeben), und wie viele Schnellladepunkte gibt es an Parkplätzen, Raststätten und Autobahntankstellen an den Autobahnen im Freistaat (bitte mit Angabe des Ortes)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann beginnt voraussichtlich der Verkehrsversuch nach § 45 der Straßenverkehrsordnung in Winterhausen im Landkreis Würzburg, mit dem die Ortsdurchfahrt ab dem Kreisverkehr in Richtung Goßmannsdorf bis zum Ortsende für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen mit dem Zusatz „Anlieger frei“ gesperrt werden soll, seit wann wäre ein derartiger Verkehrsversuch möglich gewesen, um zu prüfen, ob die enorme Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner in Winterhausen durch Schwerlastverkehr merklich reduziert werden könnte und warum wurde bislang noch kein Versuch durch das Landratsamt Würzburg und die Regierung von Unterfranken unternommen, durch einen Verkehrsversuch oder eine andere verkehrspolitische Maßnahme die Verkehrssicherheitssituation in Winterhausen zu verbessern, obwohl seit vielen Jahren bekannt ist, dass an den Engstellen im Ort nicht einmal annähernd sichere Mindestbreiten der Gehwege bestehen?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Nah- und Fernwärmenetze bestehen in den Landkreisen Günzburg und Augsburg-Land, welche Energieträger liegen diesen Netzen jeweils zugrunde und wie bewertet die Staatsregierung den Bau von Nahwärmenetzen, die ausschließlich auf Hackschitzel-Anlagen beruhen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Anerkennung ausländischer Abschlüsse wurden in den jeweils zuständigen Behörden beziehungsweise anderen hierfür zuständigen staatlichen Stellen in den Jahren 2021, 2022 und 2023 gestellt (bitte nach Jahren, Abschlüssen und Behörden bzw. Stellen sowie negativen und positiven Abschlüssen der Verfahren auflisten), wie lange dauerte in den Jahren 2021, 2022 und 2023 die vollständige Bearbei-

---

<sup>2</sup> vgl. z. B.: <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/stoffradar/pfas>

tung eines Anerkennungsantrags eines ausländischer Abschlusses in Bayern (bitte nach Jahren und Behörden aufschlüsseln) und in wie vielen Fällen wurde im Jahr 2021, 2022 und 2023 der § 81a Aufenthaltsgesetz für eine beschleunigte Anerkennung genutzt (bitte nach Jahren auflisten)?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten, bei denen als Tatwaffe ein Messer verwendet wurde, haben sich im Jahr 2023 im Freistaat ereignet, wie viele Straftäter dieser Messerstrafaten kamen jeweils aus welchen Ländern und wie lauten die Vornamen aller Täter, die wegen einer Messerstrafat im Jahr 2023 festgenommen wurden?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen mussten Polizei- und Ordnungsbehörden in AnKER-Einrichtungen in Regensburg seit 01.01.2024 ausrücken, wie viele Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren wurden eingeleitet und welches Sicherheitskonzept besteht derzeit zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden zum Schutz der Anwohner?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Ein- und Umstiegszahlen am Bahnhof Neufahrn / Niederbayern im Vergleich der Jahre 2021 bis 2024 entwickelt und welchen Anteil hat daran das Deutschlandticket (bitte nach Kenntnis der Staatsregierung Auflistung der verkauften Deutschlandtickets monatsweise seit 01.05.2023 bis heute und nach den jeweiligen Regierungsbezirken)?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche wissenschaftlichen Projekte hat sie von 2020 bis 2023 gefördert, um die grenzübergreifende Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Imkerinnen und Imker zu unterstützen (bitte aufgeteilt nach Art der Projekte in den entsprechenden Jahren und der jeweiligen Fördersumme pro Projekt angeben) und bei welchen Forschungsprojekten haben die bayerischen und tschechischen Regierungen / Staatsministerien, Forschungseinrichtungen und staatlichen Institute im gleichen Zeitraum wie oben zusammengearbeitet, um die bayerischen und tschechischen Imkereien angesichts neuer Schädlinge und angesichts des Klimawandels mit seinen Folgen für Bienen und Co. fit für die Zukunft zu machen (bitte aufgeteilt nach Jahren und Art der Projekte angeben)?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit (bitte in km angeben) sind die zur Diskussion stehenden Flächen (laut Passauer Neue Presse (PNP) vom 04.04.2024 an der Grenze zwischen Managementzone und Naturzone in den Nationalparkdienststellen Bayerisch Eisenstein und Scheuereck) der Naturzone des Nationalparks Bayerischer Wald, die in die Managementzone überführt werden sollen, vom nächsten privaten Fichtenbestand ohne Borkenkäferbefall entfernt, welche neuen Erkenntnisse zur Ausbreitung des Borkenkäfers führen zu diesem Eingriff in die Naturzone des Nationalparks und wie steht das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu diesem Präzedenzfall einer Rückumwandlung

eines Teils der Naturzone, obwohl diese „fachlich nicht erforderlich“ ist (so die Nationalparkleitung laut PNP vom 04.04.2024)?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie die geplante Erweiterung des Kiesabbaus um 20 Hektar in der Gemeinde Salzweg (Untersimoln) unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für dieses Vorhaben Staatswald gerodet werden müsste, der in einem guten ökologischen Zustand ist, es darüber hinaus in allen angrenzenden Kommunen Widerstand gegen dieses Vorhaben gibt und dieses Gebiet im Regionalplan als landschaftliches Vorbehaltsgebiet ausgewiesen ist, während das abgebaute Material nur als Straßenschotter oder für die Bauindustrie verwendet werden könnte, noch für zeitgemäß und wird sie sich für den Schutz dieses Waldes einsetzen?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Im Hinblick auf die kulturelle Infrastruktur im Freistaat frage ich die Staatsregierung, mit welchen Prioritäten und finanziellen Größenordnungen sie die Weiterentwicklung welcher Kultureinrichtungen des Freistaates und der Kommunen in den einzelnen Regierungsbezirken, dem Regierungsbezirk Oberbayern (ohne Landeshauptstadt) und der Landeshauptstadt München in den kommenden zehn Jahren maßgeblich voranbringen will und ob die Staatsregierung bereit ist, hierzu ein bayernweites Gesamtkonzept mit einer priorisierten Agenda für die Unterstützung staatlicher und kommunaler Kultureinrichtungen in allen Regierungsbezirken vorzulegen?

**Andreas Jurca**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, war das Tragen einer Halskette in Form eines Kreuzes bei einem Asylbewerber Auslöser für eine Massenschlägerei in einer Asylunterkunft in Regensburg, wie viele Mitarbeiter der im Asylheim tätigen Security mussten bei dieser Auseinandersetzung im Anschluss ärztlich behandelt werden und welche Straftaten werden den sich mittlerweile in Untersuchungshaft befindlichen Rädelsführern des Angriffes vorgeworfen?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit sind die Pläne der Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach, für den „Masterplan Prävention“ in ihrer Konkretisierung fortgeschritten, welche Rolle sollen Demenz und psychische Erkrankungen in diesem Masterplan spielen und welche Zielgruppen plant die Staatsregierung im Rahmen des „Masterplans Prävention“ hinsichtlich psychischer Erkrankungen zu forcieren?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem im Koalitionsvertrag eine Offensive für Fach- und Förderlehrkräfte angekündigt wurde, frage ich die Staatsregierung, wann die neuen Aufstiegsmöglichkeiten zur Fachlehrkraft „Fachlehrkraft für Deutsch als Zweitsprache“ bzw. zur „Fachlehrkraft für Inklusion“ und damit in eine höhere Besoldungsgruppe umgesetzt werden, wie viele neuen Funktionsstellen zu Fachlehrerinnen und Fachlehrern vorgesehen sind und welche zusätzlichen Standorte es für eine wohnortnahe Ausbildung gibt bzw. in Planung sind?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist in Bayern die Laienreanimationsquote (wenn möglich nach Alter der Helfenden aufschlüsseln), welche bayerische Schulen bieten ihren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zur Teilnahme an Erste-Hilfe-Kursen im Rahmen des Schulalltags an (bitte nach Regierungsbezirk, Schulart, Jahrgangsstufen und Häufigkeit der Kurse pro Schuljahr in den letzten fünf Jahren aufschlüsseln) und welche Maßnahmen trifft die Staatsregierung ganz allgemein zur Steigerung der Laienreanimationsquote (bitte nach Regierungsbezirk und Zielgruppen aufschlüsseln)?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Unter Berücksichtigung von Art. 140 Bayerische Verfassung (BV), nach dem Kunst und Wissenschaft sowie das kulturelle Leben von Staat und Gemeinden zu fördern sind, frage ich die Staatsregierung, wie sie bzw. insbesondere der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume, zur angekündigten Flexibilisierung von Musik- und Kunstunterricht an Bayerischen Grundschulen steht, die eine Zusammenlegung dieser Fächer und eine Reduzierung der Stundenanzahl der kreativen Fächer vorsieht und damit langfristig negative Auswirkungen auf die Relevanz und Sichtbarkeit von Kunst und Kultur in Bayern haben wird, inwieweit diese Reform mit dem Grundsatz des Kulturstaats Art. 3 BV für vereinbar gehalten wird und in welcher Weise sich vor dem Hintergrund der Musik- und Kunst-Bildungs-Debatte dafür eingesetzt wird, dass Kunst und Kultur in Bayern auch in Zukunft ein raumgreifender Teil des Bildungskanons an allgemeinbildenden Schulen bleibt?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beratungen haben in den vergangenen fünf Jahren durch die Taskforce Fachkräftesicherung stattgefunden, wie viele Fachkräfte wurden erfolgreich vermittelt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Branchen) und in welcher Höhe wurden in den vergangenen fünf Jahren Haushaltsmittel für die Taskforce verwendet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld der Freistaat pro Jahr in den Jahren 2014 bis 2023 für „Klimaschutz“- Projekte im Ausland ausgegeben hat (bitte in Euro pro Jahr angeben), wie viele CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden dadurch pro Jahr in den Jahren 2014 bis 2023 vermieden bzw. kompensiert (bitte in Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr angeben) und welche ausländischen „Klimaschutz“-Projekte gibt es, die von 2014 bis 2023 bzw. bis 2024/2025 vom Freistaat gefördert wurden bzw. werden (bitte inkl. Angabe der Förderhöhe in Euro und des jeweils pro Projekt vermiedenen bzw. kompensierten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Tonnen CO<sub>2</sub>)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass am 08.04.2024 in Röthenbach an der Pegnitz ein sogenanntes Fastenbrechen der türkisch-islamischen Gemeinde Ditib stattfand, an dem auch mehrere Politiker, darunter der Landtagsabgeordnete Arif Taşdelen (SPD), der 1. Bürgermeister von Röthenbach Klaus Hacker (Freie Wähler) und der 3. Bürgermeister von Röthenbach Erich Dannhäuser (SPD), teilnahmen, frage ich die Staatsregierung, wie schätzen die Staatsre-

gierung und die Verfassungsschutzbehörden die islamistische und türkisch-nationalistische Szene in Röthenbach ein, waren auf der Veranstaltung Personen und Organisationen, die vom Verfassungsschutz überwacht werden, und welche Verbindungen und Formen der Zusammenarbeit bestehen zwischen der örtlichen Ditib-Gemeinde und Personen und Organisationen, die von Verfassungsschutzbehörden überwacht werden?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Bayern von 2018 bis 2023 entwickelt, welche Altersgruppen sind am stärksten betroffen und welche Nationalitäten sind bei den Opfern am häufigsten betroffen?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche elektrische Leistung musste Bayern seit der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke in der Spitze aus anderen Bundesländern sowie dem Ausland importieren (gemessener Höchstwert in Gigawatt; bitte mit Datum und Uhrzeit angeben)?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld hat der Freistaat pro Jahr in den Jahren 2014 bis 2023 für Entwicklungshilfe im Ausland ausgegeben (bitte in Euro pro Jahr angeben), welche konkreten Projekte im Bereich der ausländischen Entwicklungshilfe wurden bzw. werden vom Freistaat in den Jahren von 2014 bis 2023 bzw. bis 2024/2025 direkt und indirekt gefördert (bitte alle Projekte, die jeweiligen Empfänger und die jeweilige Förderhöhe in Euro auflisten) und welche dieser Projekte wurden bzw. werden de facto nicht im Ausland, sondern im Inland (Deutschland bzw. Bayern) oder online realisiert?

**Harald Meußgeier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr die Ergebnisse der „Bestandsschätzung Fischotter Bayern“ mittlerweile vollständig vor, wie hoch ist der geschätzte Bestand des Fischotters in den einzelnen Regierungsbezirken und hat die Staatsregierung im Hinblick auf den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 30.11.2023 (Aktenzeichen 14 NE 23.1503 sowie 14 NE 23.1658) bereits konkrete Schritte für die Schaffung einer neuen rechtssicheren Entnahmeregulierung eingeleitet?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Kilogramm Honig wurden von 2020 bis 2023 von Bayern nach Tschechien exportiert, beziehungsweise von Tschechien nach Bayern importiert (bitte aufgeteilt nach den jeweiligen Jahren sowie Export und Import angeben), wie viele Honigkontrollen im oben genannten Zeitraum hätten in Bayern beziehungsweise Tschechien stattfinden müssen und haben dann tatsächlich stattgefunden (bitte aufgeteilt nach den jeweiligen Jahren angeben) und welche Art von Beanstandungen, wie etwa Verunreinigungen mit Pestiziden oder Ähnlichem, wurden im oben genannten Zeitraum in tschechischem beziehungsweise bayerischem Honig festgestellt (bitte aufgeteilt nach Art der Beanstandungen in den jeweiligen Jahren angeben)?

**Benjamin Nolte**

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Tatsache, dass

- (AfD) verschiedene bayerische Universitäten, wie zum Beispiel die Ludwig-Maximilian-Universität in München, die Technische Universität in München und die Hochschule München Leitfäden für die Nutzung der sogenannten Gendersprache auf ihren Internetauftritten veröffentlichen, stellt diese Veröffentlichung der Leitfäden aus Sicht der Staatsregierung einen Verstoß gegen § 22 Abs. 5 Satz 2 Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern dar und welche Konsequenzen gedenkt die Staatsregierung in den genannten Fällen zu ziehen?
- Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie sich die eingestellte Summe von Kap. 15 05 TG 75 des Haushaltsplans 2024/2025 auf die einzelnen unter 1. genannten Empfänger verteilt, wie sich die dem hier aufgeführten Bayerischen Musikrat gemeinnützige Projekt GmbH zugeteilte Summe auf Fördermittel für Klassik, Jazz und weitere Musiksparten verteilt und welche Veränderungen sich bei diesen Mitteln seit 2022 ergeben haben?
- Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die mögliche Streichung der §§ 284, 285, 286 und 287 Strafgesetzbuch (StGB) frage ich die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren wurden aufgrund des Verdachts auf illegales Glücksspiel seit 2019 eingeleitet (bitte nach Jahren aufschlüsseln), zu wie vielen Verurteilungen kam es seit 2019 nach §§ 284, 285, 286 und 287 StGB jeweils (bitte nach Jahren und Paragrafen aufschlüsseln) und wie viele Verfahren wurden seit 2019 eingestellt (bitte Gründe angeben)?
- Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen oder Aktionen und welche Influencer-Kooperationen sind innerhalb der Staatsregierung zum Jahresschwerpunkt „Frauen- und Mädchengesundheit“ geplant und mit wie vielen finanziellen Mitteln sind diese jeweils hinterlegt?
- Doris Rauscher**  
(SPD) Bezugnehmend auf den Antrag von CSU und Freien Wählern die Ausbildung zur Kinderpflegerin bzw. zum Kinderpfleger attraktiver zu gestalten (Drucksache 18/25761), frage ich die Staatsregierung, wie der Stand der Umsetzung ist, welches Ergebnis die Prüfung der Verbesserung bei der Vergütung während der Ausbildung zur „staatlich geprüften Kinderpflegerin“ bzw. zum „staatlich geprüften Kinderpfleger“ ergeben hat und ob bzw. inwieweit der Praxisanteil während der Ausbildung entsprechend der Prüfung optimiert werden kann?
- Markus Rinderspacher**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler nahmen seit 2018 am bayerisch-tschechischen Schüleraustausch teil (bitte nach Bayern und Tschechien sowie nach Schuljahr aufgeschlüsselt angeben), wie viele Jugendliche aus Bayern bzw. Tschechien haben seit 2020 im Rahmen eines außerschulischen Jugendaustausches das Nachbarland besucht (bitte nach Jahren aufgeschlüsselt angeben), wie viele Schülerinnen und Schüler lernten seit dem Schuljahr 2020/2021 Tschechisch an einer bayerischen Schule (bitte nach Schulart und Schuljahr aufgeschlüsselt

angeben)?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Möglichkeiten haben Kommunen, um eine entgeltliche oder unentgeltliche Überlassung kommunaler Einrichtungen sowie Räumlichkeiten und / oder deren Sachaufwandsträger sie sind, an radikale und extremistische Gruppen oder Einzelpersonen abzulehnen, sind der Staatsregierung diesbezüglich entsprechende Beispiele aus Bayern bekannt und wie kann sichergestellt werden, dass die hier zuständigen kommunalen Entscheidungsträger vorab umfassend über solche potenzielle Interessenten informiert sind?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sie sicher, dass verurteilte männliche Straftäter, die wegen der Vergewaltigung von Frauen ins Gefängnis kommen / kamen und sich nun aufgrund des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) zur Frau deklarieren, nicht in Frauengefängnisse verlegt werden, wie stellt sie sicher, dass gewalttätige Männer, die sich aufgrund des SBGG zur Frau deklarieren, nicht in Frauenschutzräume eindringen, und was wird die Staatsregierung konkret unternehmen, um Frauen in allen Bereichen vor der Willkür des SBGG zu schützen, die es Männern jederzeit erlaubt, sich als Frau zu deklarieren und somit zur Gefahr für Frauen werden können?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Flächen sind konkret betroffen von der Herausnahme aus der Naturzone des Nationalparks Bayerischer Wald zur Bekämpfung des Borkenkäfers (bitte unter Angabe der Größe und der genauen Lage), wie wird diese Herausnahme fachlich begründet und inwiefern können Bußgeld- oder Strafvorschriften zum Schutz dieser Flächen und der darauf lebenden Tier- und Pflanzenarten (insb. §§ 69, 71 und 71a Bundesnaturschutzgesetz) oder andere zwingende rechtliche Vorgaben (insb. § 12a i. V. m. § 13 Abs. 1 Satz 4 Verordnung über den Nationalpark Bayerischer Wald) von diesem Eingriff berührt sein?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb plant der Freistaat auf dem Gelände der ehemaligen JVA Augsburg in der Karmelitengasse in Augsburg nun doch keine landeseigenen Sozialwohnungen, welche Teile des Grundstücks sollen nun verkauft werden bzw. sind schon verkauft worden und wurde geprüft, ob die Stadt Augsburg Teile des Areals für kommunale Zwecke (z. B. Römermuseum, Landesausstellung, kommunaler Wohnungsbau) verwenden könnte?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Landkreisen oder kreisfreien Städten ist kein Angebot an stationären oder ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs vorhanden (bitte nach Regierungsbezirk auflisten), wie viele stationäre oder ambulante Einrichtungen zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs gibt es in Bayern (bitte nach Regierungsbezirk auflisten) und welche Maßnahmen wird die Staatsre-

<b>Florian Siekmann</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	gierung ergreifen, um die in der ELSA-Studie (ELSA = Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer – Angebote der Beratung und Versorgung, am 10.04.2024 vorgestellt) herausgestellten Versorgungslücken in Bayern zu schließen?
<b>Ursula Sowa</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, an welchen militärischen Bauvorhaben in Bayern waren die staatlichen Baubehörden in den letzten fünf Jahren beteiligt, wie viel Zeit haben diese Bauvorhaben jeweils in Anspruch genommen und welcher Anteil hiervon entfiel auf Prüf -und Genehmigungsprozesse?
<b>Ralf Stadler</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand bezüglich des Baubeginns für die „Hochschule für den öffentlichen Dienst – Fachbereich Finanzwesen“ in Kronach, wie ist der gegenwärtige Gesamtzeitplan für das Bauprojekt und wann ist die Fertigstellung geplant?
<b>Martin Stümpfig</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Landwirte werden in Bayern als Nebenerwerbslandwirte geführt?
<b>Arif Taşdelen</b> (SPD)	Anlässlich des verkündeten Starts der „Mission Kernfusion“ frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe Haushaltsmittel des Freistaates in den kommenden vier Jahren jeweils, bitte einzeln aufzuführen, für diese Mission vorgesehen sind, in welchem Jahrzehnt das Ziel „Bau eines Fusionsreaktors“ erreicht werden soll und welche Energieversorgungsunternehmen bereits Interesse an der Beteiligung bei der Mission Kernfusion signalisiert haben?
<b>Matthias Vogler</b> (AfD)	Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Diebstähle in Mittelfranken im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent gestiegen ist, und damit im Jahr 2023 mit insgesamt 25 938 erfassten Delikten der Höchstwert der letzten fünf Jahre gemessen wurde, worunter der auffälligste Anstieg mit 21,6 Prozent bei den Ladendiebstählen zu verzeichnen ist, frage ich die Staatsregierung, mit welchen konkreten Maßnahmen sie die Zahl der Diebstähle reduzieren will?
<b>Laura Weber</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausbildungsverträge im Pflegebereich wurden in den Jahren 2014 bis 2023 abgeschlossen, wie hoch ist der Anteil der Ausbildungsabbrüche in Bayern im Zeitraum von 2014 bis 2023 und welche Anzahl der Ausbildungsverträge wurde von den Auszubildenden selbst oder von den Betrieben aufgelöst?
<b>Dr. Sabine Weigand</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, welche Art staatlicher Unterstützung gibt es für Oberpfälzer Unternehmen bei der Eingliederung von Zugewanderten in ihren Betrieb, ist ein spezielles „Kammerer-Programm“ wie es bspw. in Baden-Württemberg gibt, angedacht, wenn nein, warum nicht?
	Ich frage die Staatsregierung, welchen Referaten und Fachbereichen die neuen Personalstellen für 2024 und 2025 beim Landesamt für Denkmalpflege konkret zugeordnet und welche dieser Personalstellen bis wann befristet sind?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßstäbe und Richtlinien entsprechend der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes an bzw. für „pädagogisches Personal“ im Hinblick auf Ausbildung, Berufserfahrung, Studium, pädagogische Kenntnisse, Sprachkenntnisse, Staatsbürgerschaft etc. legt die Staatsregierung bei der Mittagsbetreuung sowie verlängerten Mittagsbetreuung bis 15:30 Uhr an und werden an die verlängerte Mittagsbetreuung die gleichen Anforderungen gestellt wie beim bisherigen Kinderhort-Konzept?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Klinik Service GmbH Erlangen (KSG) eine 51 prozentige Tochter des Universitätsklinikums Erlangen ist und damit faktisch ein Unternehmen der öffentlichen Hand, dessen Beschäftigte hochspezifische Dienstleistungen für das Funktionieren des Uniklinikums erbringen (z. B. (Betten-)Desinfektion, Reinigung von Räumen hochinfektöser Patientinnen und Patienten, Umgang mit hochinfektösem Material...), frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie die Einschüchterungsversuche der Geschäftsführung der KSG gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich im Tarifkonflikt engagieren (konkret durch Verteilung von Schreiben an die Beschäftigten, die die Aufrufe der Gewerkschaft ver.di zu Streiks als illegal erklären, obwohl diese bereits mehrfach durch Gerichte als legal bestätigt wurden, und für eine Teilnahme mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen drohen, und durch unbefristete Kündigungen, die teilweise bereits gerichtlich als unbegründet erklärt wurden und damit wieder zurückgenommen werden mussten, bis hin zum Versuch, sogar der Betriebsratsvorsitzenden zu kündigen) insbesondere im Hinblick auf essenzielle Arbeitnehmerrechte, was tut die Staatsregierung um sicherzustellen, dass der Vertrauensverlust in die KSG als Arbeitgeber und der ganz konkrete Verlust an spezifisch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch (unbegründete) Kündigungen, angesichts des ohnehin herrschenden Fachkräftemangels zu ernsthaften Problemen in der Patientenversorgung am Uniklinikum führen wird, und wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Wiedereingliederung der Klinikum Nürnberg Service Gesellschaft (KNSG) in das Klinikum Nürnberg und Abschaffung der „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ in der Belegschaft des kommunalen Klinikums die Rolle eines öffentlichen Arbeitgebers in Landeszuständigkeit in Hinblick auf Arbeitnehmerrechte und faire Bedingungen der Tarifauseinandersetzungen?